

Dieter Strauch

**Birkenfeld, Lichtenberg, Meisenheim etc.
Territoriale Zuweisungen des Wiener Kongresses und ihre Folgen**

Inhalt

EINFÜHRUNG	1
I. DAS FÜRSTENTUM BIRKENFELD.....	3
1. Die Entschädigung des Hauses Oldenburg.....	3
2. Die neue Verwaltung im Fürstentum Birkenfeld.....	4
3. Gerichte im Fürstentum Birkenfeld	5
4. Das Ende des Fürstentums Birkenfeld	6
II. DAS FÜRSTENTUM LICHTENBERG	7
1. Die Entschädigung des Herzogs von Sachsen-Coburg	7
2. Die Verwaltung des Fürstentums Lichtenberg.....	9
3. Gerichte im Fürstentum Lichtenberg	9
4. Das Ende des Fürstentums Lichtenberg.....	11
III. DAS OBERAMT MEISENHEIM.....	12
1. Die Entschädigung des Landgrafen von Hessen-Homburg.....	12
2. Die Verwaltung im Oberamt Meisenheim.....	13
3. Die Justiz im Oberamt Meisenheim	14
3. Das Ende des Oberamtes Meisenheim.....	14
IV. EIN MECKLENBURGISCHES TERRITORIUM IN DER EIFEL?.....	15
V. DIE ENTSCHÄDIGUNG DES GRAFEN VON PAPPENHEIM.....	16
SCHLUSS.....	17
QUELLEN	17
LITERATUR.....	18

Einführung

Nachdem Frankreich im Frieden von Lunéville¹ durch die Annektion der linksrheinischen Teile des Deutschen Reiches deutsche Fürsten enteignet hatte, entschädigte der

1 Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801, in: *Meyer, Ph. Ant. Guido v./Zoepfl, Heinrich* (Hg.), 1858: Frankfurt/M, S. 1 – 4.

Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803² sie, indem er ihnen mediatisierte oder säkularisierte Besitzungen im rechtsrheinischen Teil des Deutschen Reiches zuwies. Nach dem Sieg über Napoleon feilschten die Mächte auf dem Wiener Kongress erneut (18. September 1814 bis 9. Juni 1815) um die Verteilung der Territorien des alten Deutschen Reiches – vor allem der linksrheinischen Gebiete. Die kleinen Mächte suchten ihre Forderungen auf dem Kongress mit allen Mitteln der Diplomatie und unter Ausspielung verwandtschaftlicher Bande durchzufechten, während die Großmächte England, Russland, Preußen und Österreich ihre Interessen unter Machtgesichtspunkten und strategischen Rücksichten verfolgten. Unbefriedigte Entschädigungsansprüche hatten die Herzöge von Oldenburg, Mecklenburg-Strelitz und Sachsen-Coburg-Saalfeld, der Landgraf von Hessen-Homburg und der Graf von Pappenheim. Die entsprechenden Beschlüsse des Kongresses finden sich in den Artikeln 48 und 49 der Wiener Kongressakte³ vom 9. Juni 1815: Der Artikel 48 der Kongressakte stellte die durch Hessen-Darmstadt zwischen 1806 und 1815 mediatisierte Landgrafschaft Hessen-Homburg als Staat wieder her und Artikel 49 wies dem Landgrafen zusätzlich ein Gebiet von 10.000 Seelen zu. Der Herzog von Oldenburg und der Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld sollten je 20.000 Seelen⁴, der Herzog von Mecklenburg-Strelitz 10.000 Seelen und der Graf von Pappenheim 9.000 Seelen erhalten. Insgesamt wurden also 69.000 Seelen vergeben. Artikel 49 der Wiener Kongressakte machte es Preußen zur Auflage, diese Gebietsansprüche aus dem ihm in Artikel 25 zugewiesenen früheren Saar-Département zu befriedigen⁵. Es sollte das Gebiet in Besitz nehmen und einstweilen zugunsten der Bedachten verwalten. Näheres dazu bestimmte der Kongress nicht, doch boten Österreich, Preußen, Rußland und England in Artikel 50 der Wiener Schlußakte⁶ ihre Hilfe bei einem etwa nötigen Gebietstausch an.

Der Vertrag zwischen Österreich, Bayern und Preußen⁷ vom 28. Mai 1815 übertrug bereits auf dem Wiener Kongress die nach Artikel 25 der Wiener Kongressakte Preußen zustehenden Lande rechts der Mosel bis zu einer Linie von Konz bis Medard und weiter auf dem linken Ufer der Glan und der Nahe bis zum Rhein sowie die knapp südlich dieser Linie liegenden Städte Kreuznach und Meisenheim an Preußen, während die Bezirke südlich davon bis zum 1. Mai 1816 unter gemeinsamer österreichisch-bayerischer Verwaltung blieben. Preußen erwarb das Eigentum dieses Gebietes durch den Wormser Traktat⁸ vom 1. Juli 1816, zugleich auch die Landeshoheit und nahm es am 11. Juli 1816 in

2 Reichsdeputationshauptschluss v. 25. Februar 1803, Druck bei *Zeumer, Karl*, 1913², Tübingen, Nr. 212a, S. 509 – 528, nebst dem Reichsgutachten v. 26. März 1803 (*ebenda* Nr. 212b, S. 529) und dem kaiserlichen Ratifications-Commissions-Dekret zu vorstehendem Reichsgutachten v. 28. April 1803 (*ebenda* Nr. 212c, S. 529 ff).

3 Bei *Johann Ludwig Klüber*, (Hrsg.), 1830³, Erlangen, S. 54.

4 So die Sprache der damaligen Staaten, im Artikel 49 der Wiener Kongressakte steht allerdings "habitans", Einwohner.

5 Artikel 49 der Wiener Schlußakte, bei *Johann Ludwig Klüber*, 1830, S. 54.

6 vgl. *Johann Ludwig Klüber*, 1830, S. 55f.

7 Vgl. *Johann Ludwig Klüber*, 1830, S. 35 ff; *Simon, Mathias*, Uebersicht der in den Rhein-Provinzen bei ihrer Vereinigung mit der Krone Preußens geltenden Gesetze, nebst der Geschichte ihrer Einführung und einiger Nachweise der bisher in denselben erfolgten Abänderungen, Köln 1824, Anhang, Nr. XXXVII, b, 2. S. 58 – 60.

8 Convention pour la cession à la Prusse d'une partie de l'ancien département de la Sarre, signée à Worms, in: *Georges Frédéric de Martens, Nouveau Recueil* Bd. IV, S. 241; vgl. *Karl Wilhelm Kocker-*

Besitz, hatte aber durch die Konvention vom 9. November 1815 versprochen, Oldenburg zu entschädigen⁹. Zur Ausführung der Schlussakte des Wiener Kongresses und des am 3./20. November 1815 geschlossenen zweiten Pariser Friedensvertrages¹⁰ trat im Jahre 1818 die *Commission territoriale* (die Territorialkommission) in Frankfurt am Main zusammen, der Bevollmächtigte Österreichs, Großbritanniens, Preußens und Rußlands angehörten. Ihr *Recès Général* vom 20. Juli 1819¹¹ regelte die Gebietsfragen endgültig.

I. Das Fürstentum Birkenfeld

1. Die Entschädigung des Hauses Oldenburg

Herzog Peter Friedrich Ludwig von Holstein-Oldenburg hatte – unter anderem wegen der Kontinentalsperre – erhebliche Schwierigkeiten mit Napoleon. Er war zwar 1806 unter Druck dem Rheinbund beigetreten, hatte aber 1809 sein Truppenkontingent verspätet aufgeboten, was Napoleon 1810 veranlaßte, Oldenburg zu annektieren. Daraufhin emigrierte der Herzog zu seinem Neffen Alexander I. nach Rußland und betrieb von dort aus die Befreiung seines Herzogtums. Statt nach den Befreiungskriegen mehrere Millionen Taler von Frankreich zu fordern, sollte er auf eine Landentschädigung warten, die er mit Hilfe des Zaren und des Kaisers Franz I. von Österreich – seinem Schwager – auf dem Wiener Kongress durchzusetzen hoffte¹². Als Entschädigung erwartete er ein Gebiet in Ostfriesland oder Westfalen mit 160.000 Seelen. Die Interessen Englands und Russlands lagen jedoch anders und da die verteilbaren Landstriche bereits vergeben waren, beschloss der Kongress, dem Hause Holstein-Oldenburg lediglich ein Gebiet von 20.000 Seelen zu übertragen, dessen Lage noch festgelegt werden sollte. Die Besitzübergabe erfolgte jedoch nicht sofort, sondern Artikel 25 der Wiener Kongressakte¹³ bestimmte lediglich, dass Preußen alle diese Gebiete zu Eigentum und Landeshoheit erhalten sollte. Immerhin hatte Preußen durch die Konvention vom 9. November 1815 versprochen, Oldenburg zu entschädigen¹⁴.

Für den Herzog von Oldenburg (seit 1815 Großherzog, obwohl er von diesem Titel keinen Gebrauch machte) sah man zunächst ein Gebiet um St. Wendel/Baumholder/Grumbach vor, doch war der Herzog von Sachsen-Coburg geschickter: Er verstand es, seine Entschädigung von 20.000 Seelen auf 25.000 aufstocken zu lassen, so dass das für Oldenburg vorgesehene Territorium – etwas vergrößert – 1816 an Sachsen-Coburg fiel¹⁵ und zum Fürstentum Lichtenberg wurde. Der preußische Bevollmächtigte, Freiherr von Schmitz-Grollenburg arbeitete daraufhin einen neuen Vorschlag aus, der allseits ange-

ols, 1902: S. 54f; Werner Schubert, 1977, in: ZRG, GA 94, 1977, S. 129 – 184, S. 175).

9 Vgl. Georg Bärsch 1879, I, S. 141.

10 Conférences de Paris; Protocole des quatre Puissances, concernant les cessions à faire par la France, les arrangements territoriaux en Allemagne et le système défensif de la Confédération Germanique, paraphé à Paris le 3. Novembre 1815 et signé le 20. Novembre, in: Georges Frédéric de Martens, Supplément au Recueil, Tome VI (1814 – 1815 inclusive), Nr. 63, S. 668 – 673 und Übersicht (trois tableaux) über die abgetretenen Territorien, S. 673 – 675.

11 Druck bei Johann Ludwig Klüber, 1830³, S. 100 – 133.

12 Vgl. Heinrich Baldes, 1921, S. 6 ff.

13 Johann Ludwig Klüber, 1830³, S. 55.

14 Vgl., Georg Baersch, 1849, S. 141.

15 Vgl. H. Peter Brandt, 1987a, S. 591.

nommen wurde: Oldenburg erhielt einen 45 Km langen und 15 Km breiten walddreichen Landstrich mit kleinbäuerlichen Höfen, die hauptsächlich Viehwirtschaft betrieben, um die Orte Herrstein, Oberstein, Birkenfeld und Nohfelden herum. Durch das Protokoll vom 9. April 1817¹⁶ trat Preußen den ganzen Kanton Birkenfeld und Teile der Kantone Herrstein, Hermeskeil, Wadern, St. Wendel, Baumholder und des Kantons Rhaunen an Oldenburg ab. Der Generalrezess der Frankfurter Territorialkommission vom 20. Juli 1819 bestätigte in seinem Artikel 27 diese Territorialverhältnisse¹⁷. Allerdings behielt sich Preußen das Durchmarschrecht von Mainz nach Saarlouis über Kreuznach und Birkenfeld vor. Der Herzog von Oldenburg nahm das Gebiet durch Patent vom 16. April 1817 in Besitz¹⁸. Weder war er über seine Neuerwerbung glücklich noch jubelten die Einwohner dem neuen Landesherren zu und *Heinrich von Treitschke* sah in dem „*Doppelreich Oldenburg-Birkenfeld*“ eine Kuriosität, „*wie sie die Phantasie eines Tollhäusers nicht wunderbarer ersinnen konnte*“¹⁹. In der Folgezeit versuchte nicht nur der Herzog häufig²⁰, das neue Territorium gegen ein anderes – günstiger gelegenes – einzutauschen, auch die Einwohner strebten im 20. Jahrhundert nach einer Trennung von Oldenburg. Diese Versuche blieben jedoch insgesamt vergeblich. Birkenfeld blieb 120 Jahre lang oldenburgisch; erst im Jahre 1937 wurde es preußisch²¹.

2. Die neue Verwaltung im Fürstentum Birkenfeld

Am 2. September 1817 erließ der Herzog eine Organisationsverordnung²², die vom 1. Oktober 1817 an galt. Oberste Landesbehörde war die kollegial organisierte Zentralregierung in Birkenfeld, die dem Herzog unmittelbar unterstand. Birkenfeld wurde dem Staate Oldenburg nicht wirklich einverleibt, zwischen beiden lag lediglich eine Personalunion vor – unter anderem vermutlich deswegen, weil der Herzog ständig bestrebt war, es gegen ein anderes Territorium einzutauschen. Nach § 3 der Verordnung hatte der zweite Senat der Regierung die üblichen Aufgaben der damaligen Zeit (Polizei, Militär, Finanzen, Gemeindeaufsicht, staatliches Bauwesen, Wegebau, Post, Kirchen- und Schulsaachen²³), während der erste Senat zuständig war für die Rechtspflege zweiter Instanz und

16 Bei *George Frédéric de Martens*, , Nouveau Recueil IV (1808 – 1819), Göttingen 1820, Nr. 41, S. 406.

17 Artikel 27 des Generalrezesses der Frankfurter Territorialkommission vom 20. Juli 1819 bei *Johann Ludwig Klüber*, 1803³, S. 120f.

18 Vgl. *H. Peter Brandt* 1987a, S. 596; der Wortlaut des Patentes auch bei *Josef Hundemer*, 1982, S. 123.

19 *Heinrich von Treitschke*, 1927, S. 472.

20 Vgl. die Aufstellung bei *H. Peter Brandt*, 1987b, S. 12f.

21 Der § 8, Abs. I des „*Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen*“ v. 26. Jan. 1937, RGBl I, S. 91 – 94 [92] gliederte Birkenfeld zum 1. April 1937 in das Land Preußen ein; es bildete fortan einen Landkreis in der Rheinprovinz; die 1. DurchführungsVO v. 15. Febr. 1937 (ebda S. 242) teilte den Landkreis Birkenfeld dem Regierungsbezirk Koblenz zu und gliederte den Landkreis St. Wendel/Baumholder in den Landkreis Birkenfeld ein.

22 Landesherrliche Verordnung über die Einrichtung der Regierung im Fürstenthum Birkenfeld v. 2. Sept. 1817 bei *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, Bd. II (1817 – 1830), 2. Auflage, Birkenfeld, Nr. 3, S. 5 – 16.

23 Vgl. dazu näher: *Becker, Birgit/Schaaf, Erwin*, Geschichte des Fürstentums Birkenfeld von 1817 bis 1848/49, Koblenz 1980.

die Strafrechtspflege²⁴. Mittelbehörden waren die drei Ämter in Birkenfeld, Oberstein und Nohfelden (§ 10), die als Amtsgerichte (§ 8) auch die Rechtspflege erster Instanz ausübten. Jeder Amtsbezirk bestand nach § 13 aus drei Bürgermeistereien: Birkenfeld, Leisel und Niederbrombach; Oberstein, Herrstein und Fischbach sowie Nohfelden, Achtelsbach und Neunkirchen²⁵. Die Bürgermeistereien umfassten mehrere Orte, mit einem ehrenamtlichen Ortsbürgermeister an der Spitze, der Schöffe hieß und den zwei bis sechs Beisitzer unterstützten. Ihre Aufgaben umschreibt § 15 der Verordnung²⁶. Die Bevölkerung wählte den Schöffen und die Beisitzer in freier Wahl, das Bezirksamt bestätigte sie²⁷. Weitere demokratische Rechte hatte die Bevölkerung nicht.

3. Gerichte im Fürstentum Birkenfeld

Mit den französischen Errungenschaften im Rechts- und Gerichtswesen hatten die neuen Herren nicht viel im Sinn. § 7 der oldenburgischen Organisationsverordnung v. 2. September 1817 hatte bereits den *Code pénal* aufgehoben (die Polizeistrafsachen des vierten Buches blieben in Kraft) und an seine Stelle das Strafgesetzbuch für die Holstein-Oldenburgischen Lande vom 10. September 1814 gesetzt²⁸. Der *Code civil* sollte einstweilen weitergelten²⁹, doch wurde der *Code de Commerce* durch die VO v. 7. März 1822 zum 2. Sept. 1822 außer Kraft gesetzt. § 6 der Verordnung vom 2. September 1817 führte auch das Zivilprozessrecht Oldenburgs ein³⁰. im Übrigen galt das gemeine Recht als subsidiäres Recht³¹.

In den drei Ämtern errichtete der Herzog als erste Instanz Amtsgerichte, die er mit jeweils zwei Beamten und einem Aktuar besetzte³². Kollegialgerichte erster Instanz gab es hinfert nicht mehr. § 5, Ziff. 6 der Verordnung vom 2. Sept. 1817 hob auch das Notariat auf und wies die Freiwillige Gerichtsbarkeit den Amtsgerichten zu³³. Sowohl die französischen Schwurgerichte als auch die Öffentlichkeit der Gerichtsverfahren und das öffentliche Ministerium aus der französischen Zeit fielen weg. Lediglich die Gewerbefreiheit blieb erhalten³⁴. Da man im Übrigen die Amtsgerichte auch zu Verwaltungsbehörden gemacht

24 Vgl. *Josef Hundemer*, 1982, S. 124.

25 § 13 der VO v. 2. Sept. 1817, bei *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, S. 12; vgl. *H. Peter Brandt*, 1987a, S. 596f (mit Karte der Bürgermeisterei- und Gemeindegrenzen S. 630).

26 § 15 der VO v. 2. Sept. 1817, bei *August Erich Julius Barnstedt* 1842, S. 14.

27 § 13 der VO v. 2. Sept. 1817, bei *August Erich Julius Barnstedt* 184, S. 12.

28 *Code pénal* aufgehoben durch § 7 der VO v. 2. Sept. 1817, bei *August Erich Julius Barnstedt* 1842, S. 9; die Bekanntmachung wegen der Publication des Oldenburgischen Straf-Gesetzbuches v. 17. Sept. 1819 bei *Barnstedt*, Bd. II, 2. Auflage, Birkenfeld 1842, Nr. 34, S. 95; vgl. *Martin Scherer*, 1889/90², hier: Bd. I, S. 58f; II, S. 1; 117; 167f; *Conrad, Hermann*, 1969, S.78 – 112, hier: S. 108; *Werner Schubert*, 1977, in: ZRG, GA 94, 1977, S. 129 – 184, hier: S. 175, Fn. 227. Ergänzend zum oldenburgischen Zivilrecht galt das gemeine Recht „wie solches vor der Auflösung des Reiches in Deutschland gegolten hatte“, vgl. *Werner Schubert*, aaO., S. 176; vgl. *Josef Hundemer*, 1982, S. 125.

29 § 5 der VO v. 2. Sept. 1817, bei *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, S. 6; vgl. *desselben* Zusammenstellung 1836, Birkenfeld.

30 Bei *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, S. 8f. Es handelte sich um das 1802 erneuerte Reglement für das Herzogtum Oldenburg, vgl. *Werner Schubert*, 1977, S. 176.

31 § 10 der VO v. 2. Sept. 1817, bei *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, S. 10.

32 Artikel 5, Ziff. 2 des erneuerten Reglements von 1802.

33 Bei *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, S. 8.

34 Vgl. *H. Peter Brandt*, 1987a, S. 596 ff, 600.

hatte, war damit zugleich die Trennung zwischen Rechtspflege und Verwaltung nach französischem Vorbild aufgegeben. Der oldenburgische Staat zeigte sich also deutlich restaurativ. Die zweite Instanz für die amtsgerichtlichen Urteile war die Regierung in Birkenfeld, die dafür den ersten Senat (das Justizamt) errichtete³⁵. Die dritte Instanz bildete das Oberappellationsgericht in Oldenburg³⁶. Am 11. Oktober 1831 erließ der Großherzog (der neue Herrscher nannte sich seit 1829 Großherzog) ein neues Prozessreglement, welches den Zivilprozess verbessern sollte.

Die Umwälzung von 1848/49 machte sich auch in Birkenfeld bemerkbar: Der Großherzog Paul Friedrich August verkündete am 18. Februar 1849 ein neues Staatsgrundgesetz für das Großherzogtum³⁷, das in Artikel 33 den Adel aufhob und in Artikel 36 die Freiheit der Person sowie den gesetzlichen Richter garantierte³⁸. Die Artt. 58 und 100 hoben die Patrimonialgerichte auf und Artikel 101 trennte die Gerichtsbarkeit von der Verwaltung³⁹. Nach Artikel 108 waren die Gerichtsverfahren nun öffentlich und mündlich⁴⁰, nach Artikel 107 sollten Friedensgerichte und nach Artikel 109 Schwurgerichte errichtet werden⁴¹. Diese Verfassung machte in der Folge neue Gesetze notwendig: Die Verordnung vom 20. August 1856 hob den Verwaltungssenat in Birkenfeld auf, der bisherige Justizsenat wurde in das Obergericht Birkenfeld umgewandelt⁴², das anstelle eines Schwurgerichts mit fünf Richtern über Schwerverbrechen richtete.

4. Das Ende des Fürstentums Birkenfeld

Obwohl die oldenburgische Regierung und ihre Justiz in Birkenfeld positiv bewertet wird⁴³, schloss Oldenburg am 20. August 1879 einen Vertrag mit Preußen über die Gerichtsgemeinschaft für Birkenfeld⁴⁴, wonach das Fürstentum Birkenfeld dem Landgericht

35 § 8 der VO v. 2. Sept. 1817, bei *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, S. 9f.

36 Wie Fn. 35, S. 10; vgl. *Werner Schubert*, 1977, S. 176.

37 Staatsgrundgesetz für das Großherzogthum Oldenburg v. 18. Febr. 1849, Druck in: *Gesetzblatt für das Herzogthum Oldenburg*, Bd. 12 (1849 – 1851), Oldenburg 1851, S. 57 ff. Das Staatsgrundgesetz wurde in revidierter Fassung am 18. Nov. 1852 abermals verkündet (vgl. *August Erich Julius Barnstedt*, 1842, Band 9, Nr. 54, S. 126 – 193).

38 Wie Fn. 37, S. 64f.

39 Wie Fn. 37, S. 84.

40 Wie Fn. 37, S. 85; vgl. *Josef Hundemer* 1982, S. 126f.

41 Wie Fn. 37, S. 85.

42 Verordnung v. 8. Aug. 1856 betr. das Gesetz vom 23. 4. 1855 wegen Aufhebung der Verwaltungsämter im Fürstenthum Birkenfeld, in: [dem ab 1. Jan. 1855 eingeführten] *Gesetzblatt für das Fürstentum Birkenfeld* 1856, Nr. 92, S. 503f, deren § 1 den Verwaltungssenat aufhob und deren § 2 (S. 504) den bisherigen Justizsenat in „Obergericht“ umbenannte, ergänzt durch die Ministerial-Bekanntmachung vom 9. Aug. 1856 (in: *Ges. Bl. Birkenfeld* Bd. 1, Nr. 93, S. 508), welche die Umbenennung zum 1. Oktober 1856 vornahm; vgl. das Gesetz v. 15. August 1861 betr. die Gerichtsverfassung im Fürstenthum Birkenfeld, in: *Gesetzblatt Birkenfeld* (Bd. 2, 2, S. 757 – 762), vgl. *Josef Hundemer* 1982, S. 127.

43 Vgl. *H. Peter Brandt*, (Hrsg.), 1982, S. 38 ff; *Manfred Baldus*, 1985, S. 117 – 120, hier: S. 118; *Kurt Düwell* 1995, S. S. 340 für die Oldenburgische Finanzpolitik in Birkenfeld.

44 Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg betr. den Anschluß des Fürstenthums Birkenfeld an den Bezirk des Landgerichts Saarbrücken und des OLG Köln (*Gesetzsammlung für die Königlichen Preussischen Staaten* (1806 – 1944) [G S], 1878, S. 165 – 169 = *Gesetzbl. f. d. Fürstentum Birkenfeld* 9, 1879, S. 171 – 182 = *Jahrb. d. Dt. Gerichtsverf.* Jg. 1, 1880, S. 265 – 270); vgl. *Albrecht Eck-*

Saarbrücken und dem Oberlandesgericht Köln zugeordnet wurde⁴⁵. In Vollzug dieses Vertrages hat das oldenburgische Gesetz vom 10. Mai 1879 das Obergericht in Birkenfeld aufgehoben und das Oberappellationsgericht auf den Landesteil Oldenburg beschränkt⁴⁶. Nach dem ersten Weltkrieg hatten die Oldenburger Großherzöge abgedankt; der neue Staat Oldenburg machte aus dem Fürstentum nun den Landesteil Birkenfeld, verwaltet durch einen Regierungspräsidenten. Da das Saargebiet unter französischer Verwaltung stand, wurde zunächst am 1. Oktober 1919 das Amtsgericht Birkenfeld dem Landgericht Koblenz zugelegt⁴⁷. Der Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg⁴⁸ vom 18./25. Febr. 1920 wies die Berufungssachen der oldenburgisch/birkenfeldischen Amtsgerichte während der Abtretung des Saargebietes dem Landgericht Koblenz zu, das die Landesjustizverwaltung für die Amtsgerichte Idar-Oberstein, Birkenfeld und Nohfelden erhielt.

Kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme endete auch die oldenburgische Zeit in Birkenfeld: Der oldenburgische Landtag hatte sich bereits im August 1919 grundsätzlich mit der Übernahme der Provinz Birkenfeld durch Preußen einverstanden erklärt⁴⁹. Zum 24. Jan. 1935 übernahm das Reichsjustizministerium die Aufgaben der obersten Landesjustizbehörde und übertrug diese Befugnisse auf das OLG Köln, das sie an den Landgerichtspräsidenten in Koblenz delegierte⁵⁰. Der § 8, Abs. I des „Gesetzes über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen“ v. 26. Jan. 1937, RGBl I, S. 91 – 94 [92]⁵¹ gliederte Birkenfeld zum 1. April 1937 in das Land Preußen ein; es bildete fortan einen Landkreis der Rheinprovinz.

II. Das Fürstentum Lichtenberg

1. Die Entschädigung des Herzogs von Sachsen-Coburg

Artikel 49 der Schlussakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815⁵² wies dem Herzog von Sachsen-Coburg-Saalfeld⁵³ als Entschädigung für die „bei dem Kriege gegen Frankreich geleisteten ersprieslichen Dienste“⁵⁴ ein Gebiet von 20.000 Seelen zu, das einstweilen von

hardt, 1983, S. 3 – 28.

45 Vgl. *Hans-Walter Herrmann*, 1982, S. 13f.

46 Vgl. *Josef Hundemer* 1982, S. 128.

47 G S (wie Fn. 44) 1919, S. 360; vgl. *Horst Romeyk*, 1985, S. 18 ff.

48 Vertrag zwischen Preußen und Oldenburg v. 18./25. Febr. 1920; in: Gesetzblatt f. d. Freistaat Oldenburg, Landesteil Birkenfeld, Bd. 22, 100. Stück, Nr. 152 v. 2. Sept. 1920; *Horst Romeyk*, 1985, Rhprov., S. 493.

49 Vgl. *Heinrich Baldes*, 1921, S. 270, wobei der Landtag zur Bedingung machte, dass Oldenburg seinen Anteil am Staatsgut als Kommunalvermögen behalte und Birkenfeld ein selbständiger Kreis bleibe.

50 Verordnung v. 18. Dez. 1934, in: DJ 1934, S. 1608; vgl. *Horst Romeyk*, 1985, Rhprov. S. 495, Fn. 22f.

51 Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen v. 26. Jan. 1937, in: RGBl I, S. 91 – 94.

52 Vgl. *Johann Ludwig Klüber*, 1830, S. 54.

53 Herzog *Ernst I.* von Sachsen-Coburg-Saalfeld schloss im November 1826 einen Hauptteilungsvertrag der thüringischen Herzogtümer, mit dem er – unter beträchtlichem Landgewinn – Saalfeld gegen Gotha eintauschte; fortan nannte er sich Herzog zu Sachsen-Coburg und Gotha und behielt den Titel eines Fürsten von Lichtenberg bei, vgl. den Vertragstext bei *Gustav Hirschfeld*, 1927, S. 22 – 32.

54 Julius v. Plänckner, 1833, S. 77.

Preußen zugunsten Sachsen-Coburgs verwaltet werden sollte. Nach dem Vertrag vom 3./20. November 1815⁵⁵ hatte Preußen es⁵⁶ übernommen, Sachsen-Coburg aus seinem linksrheinischen Zuwachs zu entschädigen⁵⁷. Preußen erwarb das Gebiet durch den Wormser Traktat vom 1. Juli 1816⁵⁸ zu Eigentum und die Landeshoheit, hatte es aber bereits am 1. Mai 1816 in Besitz genommen, da sich die österreichisch/bayerische Regierung in Worms an diesem Tage auflöste⁵⁹. In den Verhandlungen erreichte der Herzog eine Erhöhung der Entschädigung von 20.000 auf 25.000 Einwohner⁶⁰. Er hatte sich zwar Gebiete in Oberfranken oder gar im preußischen Ansbach und Bayreuth gewünscht⁶¹, doch Preußen wusste das zu verhindern und wandte ihm den zuvor für den Herzog von Oldenburg vorgesehenen Bereich St. Wendel-Baumholder-Grumbach mit einer Bevölkerung von etwa 26.000 Einwohnern zu. Es entließ die Bewohner des Gebietes durch Bekanntmachung vom 9. Sept. 1816⁶². Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Saalfeld nahm den Kanton Grumbach „(mit Ausnahme der königlich Baierschen Orte St. Julian und Eschenau und der Landgräflich Hessen-Homburgischen Ortschaften Bärenbach, Becherbach, Otzweiler und Hoppstädten)“, den Kanton Baumholder „(mit Ausnahme der Preussisch bleibenden Orte Nohen, Nohefelden, Gimbweiler und Wolfersweiler)“, den Kanton St. Wendel „(mit Ausnahme der Königlich Baierschen Orte Bubach, Saal, Niederkirchen, Marth, Hoff und Osterbrücken, sodann der Preußen vorbehaltenen Orte Haßborn, Tautweiler, Theilig (Theley [=Tholey]) und der Gemeinden Otzweiler, Eizweiler, Hirstein, Richweiler und Moosberg, Steinberg und Deckenhard, Wallhausen und Schwarzhof und Imsbach)“, von dem Kanton Kusel „die an Preußen gefallenen Orte Burglichtenberg, Thallichtenberg, Ruthweiler, Pfeffelbach, Reichweiler und Schwarzerden), von dem Kanton Theley [=Tholey] die Gemeinden Namborn, Guidesweiler, Gronich, Osebach und Oberthal, Imweiler, Elmern, Bliessen, Niederhofen, Winterbach, Alzweiler und Marpingen“; endlich von dem Kanton Ottweiler die Gemeinden „Werschweiler, Dürrenbach, Wethshausen, Steinbach, Niederlinxweiler (oder Niederlinnweiler), Remmesweiler, Mainzweiler und Urexweiler“⁶³ am 11. Sept. 1816 förmlich in Besitz.

Die Frankfurter Territorialkommission bestätigte diese Vorgänge und entnahm diese Einwohnerzahl in Artikel 28 ihres Rezesses vom 20. Juli 1819⁶⁴ dem Gebiet um Baumholder, Grumbach und St. Wendel aus dem früheren Saar-Departement, legte jedoch in

55 Zum Vertrag von Paris vgl. oben Fn. 10.

56 In Artikel VI, des Vertrages, S. 670f (wie Fn.55).

57 Vgl. *Georg Bärsch* 1849, I, S. 141.

58 Wormser Traktat vom 1. Juli 1816: *Convention pour la cession à la Prusse d'une partie de l'ancien département de la Sarre, signée à Worms*, in: *Georges Frédéric de Martens*, *Nouveau Recueil* Bd. IV, S. 41; vgl. *Karl Wilhelm Kockerols*, 1902, S. 54f; *Werner Schubert*, 1977, S. 175.

59 Vgl. den Vertrag mit Neustrelitz vom 18. Sept. 1816 (G S [wie Fn.44], S. 74), der den Besitzantritt zum 1. Mai 1816 erwähnt; vgl. *Georg Bärsch* 1849, I, S. 138; *Karl Wilhelm Kockerols* 1902, S. 52.

60 *Julius v. Plänckner*, 1833, S. 77 geht ohne weiteres von 25. 000 Einwohnern aus.

61 Vgl. *Kurt Düwell* 1995, S. 335.

62 Vgl. *Georg Bärsch*, 1849, I, S. 141.

63 Vgl. *Friedrich August Lottner*, 1836, Nr. 1, S. 1f.

64 *Johann Ludwig Klüber*, 1830, Quellen, S. 121f.

Artikel II, II, b)⁶⁵ die Orte Saale, Niederkirchen, Bubach, Marth, Hoff und Osterbrücken aus dem Kanton Sankt Wendel der bayerischen Rheinpfalz zu⁶⁶.

2. Die Verwaltung des Fürstentums Lichtenberg

Die Verordnung vom 11. September 1816⁶⁷ errichtete die „Herzoglich Sachsen-Coburg-Saalfeldische Regierung“ in dem neuerworbenen Land. In seiner Verordnung vom 24. Februar 1819 stellte der Herzog klar, dass die Herzogliche Landes-Commission die oberste Landesbehörde bilde, der nicht nur die Gesetzgebung im Fürstentum zustehe, sondern auch die Disziplinaraufsicht über alle Beamten ausübe⁶⁸. Erst durch die Verfügung der Herzoglichen Landeskommission vom 6. März 1819 erhielt das Land den Namen „Fürstentum Lichtenberg“⁶⁹. Sachsen-Coburg teilte die Neuerwerbung am 11. Januar 1817⁷⁰ in die Kantone St. Wendel (mit den Bürgermeistereien St. Wendel, Oberkirchen, Namborn, Bliesen, Urexweiler und Werschweiler), Grumbach (mit den Bürgermeistereien Grumbach, Offenbach, Schmidt-hachenbach, Sein, und Mittelbollenbach) und Baumholder (mit den Bürgermeistereien Baumholder, Berschweiler, Reichenbach und Burglichtenberg) ein. Seine Gesetze verkündete der Herzog v. Sachsen-Coburg von 1817 – 1834 im Amts- und Intelligenzblatt⁷¹. Die Landes-Commission in St. Wendel bestand zunächst nur aus einer Abteilung mit allgemeiner Zuständigkeit. Verwaltung und Gerichtswesen waren also auch hier nicht getrennt. Erst die Verordnung vom 12. Mai 1821 hob die Landeskommission auf und errichtete als obere Landesbehörde die „Herzoglich Sächsische Regierung des Fürstenthums Lichtenberg“. Unter einem gemeinschaftlichen Präsidenten bearbeitete deren erste Abteilung (bestehend aus zwei Räten und einem Assessor) die allgemeine Verwaltung, deren zweite Abteilung (bestehend aus zwei Räten und einem Generalprokurator) bildete ein Appellationsgericht in St. Wendel, das „Regierung als Appellationsgericht“ hieß. Immerhin verdient erwähnt zu werden, dass der Herzog Lichtenberg zwar zunehmend zentralistisch verwalten ließ, finanziell aber erfolgreich wirtschaftete: Der Abtretungsvertrag an Preußen vermerkt⁷², das Land „geht völlig schuldenfrei ... auf Preußen über“.

3. Gerichte im Fürstentum Lichtenberg

Der Herzog von Sachsen-Coburg errichtete ein Tribunal oder Landesgericht in St. Wendel und wies ihm die Kantone St. Wendel, Grumbach und Baumholder zu, die jeweils ein

65 Johann Ludwig Klüber, 1830, Quellen, S. 108.

66 Die preußische Immediat-Justiz-Kommission übertrug am 28. Januar 1817 die Jurisdiktion des Kreisgerichts St. Wendel über die nicht an Sachsen-Coburg-Saalfeld gefallenen Friedensgerichte Saarbrücken, Ottweiler, Saarlouis und Merzig auf das Kreisgericht Saarbrücken, mit Ausnahme der Gemeinden, die zum Kreisgericht Trier gehörten, vgl. Friedrich August Lottner, 1834, Bd. I, Nr. 253, S. 451 ff.

67 Friedrich August Lottner Lichtenberg 1836, Nr. 2, S. 3.

68 Friedrich August Lottner Lichtenberg 1836, Nr. 2, S. 3.

68 Friedrich August Lottner Lichtenberg 1836, Nr. 88, S. 139 – 142.

69 Friedrich August Lottner Lichtenberg 1836, Nr. 90, S. 143f.

70 Friedrich August Lottner Lichtenberg, Nr. 17, S. 28 – 30.

71 Sie sind außerdem gedruckt bei Friedrich August Lottner, Lichtenberg 1836.

72 Friedrich August Lottner Lichtenberg 1836, Nr. 276, Vertrag v. 31. Mai 1834, Absatz 6, S. 598; vgl. Dietmar Flach, 1993, S. 384.

Friedensgericht erhielten⁷³. Das Landesgericht urteilte in Zivil- und Strafsachen nach französischem Recht und war Berufungs- und Kassationsinstanz für die Friedensgerichte in Zivil-, Polizei- und Forstsachen, soweit Berufung zulässig war⁷⁴.

Auf Grund eines Vertrages mit Bayern ging zwischen 1816 und 1821 die Berufung gegen die Urteile des Landesgerichts St. Wendel an das bayerische Appellationsgericht in Zweibrücken⁷⁵. Mit den Nachbarstaaten Bayern (für dessen Rheinkreis)⁷⁶, Hessen-Homburg (für das Oberamt Meisenheim)⁷⁷ und Holstein-Oldenburg (für Birkenfeld)⁷⁸ hat das Fürstentum Verträge über „*Gerichtsbareitsverhältnisse*“, also die Strafverfolgung Auswärtiger, den Ausschluss der Auslieferung von Missetätern etc. geschlossen. Mit dem Fürstentum Birkenfeld gab es den Vertrag vom 30. Oktober 1818⁷⁹ über freien Marktverkehr zwischen den Staaten und Vereinfachung der gerichtlichen Insinuation⁸⁰, welche den Artikel 69, Nr. 9 des *Code de procédure civile* außer Kraft setzte, der den Weg über die jeweiligen Ministerien vorschrieb.

Die Verordnung vom 12. Mai 1821 errichtete – wie ausgeführt – als zweite Abteilung der herzoglichen Regierung ein Appellationsgericht in St. Wendel und nannte es „*Regierung als Appellationsgericht*“. Ihm oblag die Entscheidung zweiter Instanz in Zivil- und Strafsachen des Landesgerichts und es war zugleich Kassationsinstanz⁸¹. Darüber hinaus ordnete es die Geschworenengerichte an und leitete sie. Ihm oblag auch die Aufsicht über die Friedensgerichte und das Landesgericht sowie die Revision der Gesetze. Es bestand aus dem (mit der ersten Abteilung der Regierung gemeinsamen) Präsidenten, zwei Räten und einem Generalprokurator. Die Verordnung vom 22. Mai 1821 errichtete zudem eine „*oberste Justizstelle für das Fürstentum Lichtenberg*“, die von der Landesregierung des Fürstentums wahrgenommen wurde. Sie bildete zugleich die höchste Behörde, an die man nach Artikel 504 des *Code de procédure civile* rekurrieren konnte, wenn widerstreitende Urteile verschiedener Gerichte vorlagen⁸². Da auf diese Weise Justiz und Verwaltung eine Einheit bildeten (die französische Trennung zwischen Verwaltung und Justiz also ganz aufgegeben war)⁸³, führte das zu Unzuträglichkeiten. Infolgedessen errichtete Coburg durch die Verordnung vom 7. April 1825⁸⁴ in Coburg ein Kassationsgericht für die Urtei-

73 Vgl. *Julius v. Plänckner*, 1833, S. 80 ff für die Regierung I, S. 108 – 113 für die Regierung II; *Richard Scheid*, 1967, S. 207; *Fischer, Walther*, 1956, S. 142.

74 Vgl. *Max Bär*, 1919, S. 105; Die VO vom 28. Mai 1830 (bei *Friedrich August Lottner*, Lichtenberg 1836, S. 475 – 483) hat in Artikel 2 die Verhältnisse neu gestaltet; vgl. *Werner Schubert*, 1977, S. 178.

75 Vgl. *Georg Bärsch* 1849, I, S. 142.

76 *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 83, S. 131 – 134, Vertrag v. 11. Jan. 1819

77 *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 92, S. 145 – 148, Vertrag v. 24. Apr. 1819.

78 *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 120, S. 202 – 205, Vertrag v. 29. Dez. 1821.

79 *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 79, S. 128f, Vertrag v. 30. Okt. 1818.

80 *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 80, S. 129, Vertrag v. 30. Okt. 1818. *Insinuation* = Eingabe eines Schreibens bei Gericht.

81 *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 113, S. 192 – 195; vgl. *Max Bär* 1919, S. 105.

82 *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 114, S. 195f.

83 *Dietmar Flach* 1993, S. 376f hält diese Entscheidungen zutreffend für sehr ungeschickt.

84 VO v. 7. April 1825 bei *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836 Nr. 177, S. 351 – 353; vgl. *Werner Schubert*, 1976, S. 177. Damit war das höchste Gericht weit entfernt, und das schriftliche Verfahren erschwerte die Rechtspflege, vgl. *Dietmar Flach* 1993, S. 376.

le des Appellationsgerichts, das über „*alle Nullitätsbeschwerden*“ entschied, und zwar auf Grund von § 3 der Verordnung vom 28. Mai 1830 „*über das schriftliche Verfahren bei dem Cassationsgericht*“⁸⁵. Im materiellen Recht schloss sich Coburg eng an die preußische Gesetzgebung an.

4. *Das Ende des Fürstentums Lichtenberg*

Wie die Oldenburger waren auch die Coburger seit dem Aachener Kongress 1818 dauernd bestrebt, das weitabliegende Territorium Lichtenberg gegen einen günstiger gelegenen Landstrich einzutauschen. Doch Preußen wollte keinen seiner Untertanen an eine andere Regierung abtreten⁸⁶. In der Julirevolution von 1830 und im Mai 1832 (zur Zeit des Hambacher Festes) kam es in St. Wendel zu Unruhen, die den Herzog veranlassten, sich von Lichtenberg möglichst schnell zu trennen⁸⁷. Er war deshalb bereit, das Territorium gegen preußische Domänen (mit Coburgischen Hoheitsrechten) einzutauschen. Preußen wollte dagegen weder seine Souveränität noch seine Gesetzgebung über diese Landgüter aufgeben. Schließlich war der Herzog bereit, sich in Geld abfinden zu lassen, forderte jedoch eine Million preußische Taler für je 10.000 Seelen, so dass er bei der Einwohnerzahl Lichtenbergs von 34.000 Seelen 3,4 Millionen Taler beanspruchte, mußte sich aber schließlich mit 80.000 Talern Jahresrente begnügen. Durch Staatsvertrag vom 31. Mai 1834 und das Patent vom 15. August 1834 trat Coburg das Fürstentum wieder an Preußen ab⁸⁸. Es gab aber noch einen geheimen Zusatzvertrag, wonach Coburg statt dieser Summe mit preußischen Domänen in der sächsischen Goldenen Aue entschädigt werden sollte. Dies stieß jedoch bei den preußischen Ministern des Inneren und der Finanzen auf Widerstand, die nicht einsahen, dass man die schönsten preußischen Güter „*für die Lappländer am Hunsrück*“ hergeben sollte⁸⁹. Schließlich bot König Friedrich-Wilhelm IV. dem Herzog von Coburg an, die jährliche Rente in preußische Staatsschuldscheine von 2,1 Millionen Talern umzuwandeln. Diese Summe benutzte Coburg zum Ankauf von Gütern, die es alsbald in den *Lichtenberger Fideikommiss* einbrachte, der bis 1918 eine wesentliche finanzielle Grundlage der Coburger Dynastie bildete. Die preußische Kabinettsordre vom 25. März 1835⁹⁰ schuf aus dem Fürstentum Lichtenberg den Kreis St. Wendel, der vom 1. April 1835 ab dem Regierungsbezirk Trier der Rheinprovinz zugelegt wurde. Die Entschädigungslösung des Wiener Kongresses zeigte sich hier als nicht lebensfähig; sie war ebenso lebensfremd wie in den anderen Fällen.

85 VO vom 28. Mai 1830, bei *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 240, S. 475 – 483.

86 Vgl. *Kurt Düwell* 1995, S. 339f.

87 Vgl. *Kurt Düwell* 1995, S. 338f.

88 Druck in G S 1834, S. 159 – 161 und bei *Friedrich August Lottner* Lichtenberg 1836, Nr. 276, S. 596 – 599; vgl. *Max Bär* 1919, S. 105f; *Karl Wilhelm Kockerols* 1902, S. 55.

89 Vgl. *Hans-Barthold von Bassewitz*, 1905, S. 26; *Kurt Düwell* 1995, S. 345.

90 Allerhöchste Kabinettsorder v. 25. März 1835, betr. die Organisation der administrativen Verhältnisse im ehemaligen Fürstentum Lichtenberg (G S, S. 43f); vgl. *Baier, Hans Dieter*, 1985, S. 235.

III. Das Oberamt Meisenheim

1. Die Entschädigung des Landgrafen von Hessen-Homburg

Auf Grund der Artikel 24 und 26 der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806⁹¹ hatte das Großherzogtum Hessen-Darmstadt die Landgrafschaft Hessen-Homburg mediatisiert und seinem Territorium einverleibt. In den Freiheitskriegen hatte sich der Landgraf jedoch sehr verdient gemacht, auch gehörte es zu den altfürstlichen Häusern⁹², so dass es nicht nur seine Souveränität zurückerlangte, sondern die Großmächte auch eine weitere Entschädigung für angemessen erachteten⁹³. Artikel 48 der Wiener Kongressakte⁹⁴ bestimmte: *"Le Landgrave de Hesse-Hombourg est réintégré dans les possessions, revenus, droits et rapports politiques dont il a été privé par suite de la confédération Rhenane"*. In einem geheimen Separat-Artikel zum Vertrag zwischen Österreich, Preußen und dem Großherzog von Hessen⁹⁵ vom 10. Juni 1815 hatte sich der hessische Großherzog für die Rückgabe der entzogenen Landgrafschaft an das Haus Hessen-Homburg stark gemacht.

Der Landgraf hatte sich eine Entschädigung in der Nähe von Homburg gewünscht, musste sich dann aber mit dem Amt Meisenheim im ehemaligen Saardepartement zufrieden geben, das er spöttisch *„Distrikt in China“* nannte⁹⁶. Der Artikel 49 der Schlussakte des Wiener Kongresses⁹⁷ vom 9. Juni 1815 hatte dem Landgrafen von Hessen-Homburg 10.000 Seelen aus dem ehemaligen Saar-Département versprochen⁹⁸. Preußen erwarb das Saar-Département durch den Wormser Traktat vom 1. Juli 1816⁹⁹, hatte es aber bereits am 1. Mai 1816 in Besitz genommen, da sich die österreichisch/bayerische Regierung an diesem Tage auflöste¹⁰⁰. Auf Grund der Konvention vom 3. November 1815¹⁰¹ übergab Preußen das Gebiet am 9. September 1816 an Hessen-Homburg¹⁰². Es handelte sich um den früheren Kanton Meisenheim (wie er in Artikel 25 der Wiener Kongressakte¹⁰³ für Preußen vorgesehen war) und die Gemeinden Bärenbach, Becherbach, Otzweiler und

91 Text bei *Hans Hubert Hofmann*, 1976, S. 384; 386.

92 Vgl. *Barbara Dölemeyer*, 1995, S. 18f.

93 Vgl. *Karl E., Demandt*, 1972², Kassel, S. 564.

94 Text bei *Johann Ludwig Klüber*, Quellen 1830, S. 54.

95 Bei *Johann Ludwig Klüber*, 1816, Acten VI, S. 578.

96 Vgl. *Hassinger, Philipp*, 1935/36.

97 Vgl. den Separat-Artikel zum Verträge zwischen Österreich, Preußen und dem Großherzog von Hessen vom 10. Juni 1815, Druck bei *Johann Ludwig Klüber*, Acten 1816, Band VI = Hefte 21 – 24), Erlangen, S. 578, und der Territorial-Receß v. 20. Juli 1819 bei *Johann Ludwig Klüber*, Quellen 1830, Artikel 26, S. 120; 122.

98 Da Hessen-Homburg damals nur etwa 8000 Seelen hatte, wurde die Einwohnerzahl mehr als verdoppelt.

99 *Convention pour la cession à la Prusse d'une partie de l'ancien département de la Sarre, signée à Worms*, in: *Georges Frédéric de Martens*, Nouveau Recueil 1817ff, Bd. IV, S. 241; vgl. *Karl Wilhelm Kockerols* 1902, S. 54f; *Werner Schubert* 1977, S. 175.

100 Vgl. den Vertrag mit Neustrelitz v. 18. Sept. 1816 (G S, S. 74), wo ein Vertrag mit Österreich vorausgesetzt ist und der Besitzantritt zum 1. Mai 1816 erwähnt wird; vgl. *Georg Bärsch* 1849, I, S. 138; *Karl Wilhelm Kockerols* 1902, S. 52.

101 Vgl. *Georg Bärsch* 1849, I, S. 141.

102 Vgl. *Max Bär* 1919, S. 107; vgl. *Philipp Hassinger* 1935/36.

103 Text bei *Johann Ludwig Klüber*, 1803, Quellen, S. 35 – 39.

Hoppstädten im Kanton Grumbach. Die Artikel 26 und 29 des *Recès général* der Frankfurter Territorial-Commission¹⁰⁴ vom 20. Juli 1819 bestätigte diese Zuweisungen.

2. Die Verwaltung im Oberamt Meisenheim

Die Verordnung vom 29. Dezember 1817 errichtete das Oberamt Meisenheim¹⁰⁵ und ordnete die Staatsverwaltung darin. Unter der Leitung der Landeskollegien setzte der Landgraf Friedrich dort einen Oberbeamten ein, dem nach § 4 der Verordnung nicht nur die ganze Verwaltung in allen ihren Zweigen oblag, sondern der nach § 4, Ziffer 14 auch „die bürgerliche Rechtspflege in der ersten Instanz einschließlich der Ehesachen“ und nach Ziffer 15 auch „die Untersuchung in peinlichen Fällen“ durchzuführen hatte. Verwaltung und Justiz waren also auch hier zunächst nicht getrennt. § 9 der Verordnung verwarf die bisherige französische Gemeindeverfassung, wonach die Macht in den Bürgermeistereien (*mairies*) in der Hand des Bürgermeisters lag. Stattdessen sagt § 9: „künftig [soll] jeder Ort seinen eigenen Ortsvorstand erhalten. Dieser besteht aus dem Schultheisen und der nach der Größe des Orts nöthigen Zahl von Gerichtsdienern; er wird von der Gemeinde gewählt und ... von dem Oberamte bestätigt....“ Die Gemeinden sollten sich also selbst verwalten; Vorbild war die Gemeindeverfassung des Freiherrn vom Stein in den rechtsrheinischen Gebieten. Die Verordnung vom 18. Febr. 1818 fasste alle alten Behörden der Landgrafschaft (einschließlich Hofgericht) in der Landesregierung zusammen. Der Geheime Rat wurde ihr oberstes Organ, doch war er nur beratend tätig, der Landgraf behielt das letzte Wort¹⁰⁶.

Erst ein Gesetz vom 9. Oktober 1849¹⁰⁷ entsprach der Meisenheimer Forderung nach einer neuen Kommunalverwaltung und erweiterte die Selbstverwaltung der Gemeinden, auch sah sie die Wahl von Gemeinderäten vor¹⁰⁸. Nach der Märzrevolution von 1848 blieb der Landgraf weiterhin konservativ: Er verhinderte nicht nur die Publikation des Verfassungsentwurfs der Frankfurter Nationalversammlung, auch die von seinem konstituierenden Landtag beschlossene und am 3. Jan. 1850 im Regierungsblatt veröffentlichte Verfassung hob er am 20. April 1852 wieder auf¹⁰⁹.

104 Artikel 29 des *Recès-Général* vom 20. Juli 1819, bei *Johann Ludwig Klüber*, Quellen 1830, S. 120; 122.

105 Verordnung vom 29. Dez. 1817, in: Amtsblatt des Landgrafenthums Hessen, Nr. 7 v. 16. März 1818 = Archiv 1867, S. 7f.

106 Vgl. die Verordnung v. 12. Mai 1817, in: Amtsblatt des Landgrafenthums Hessen v. 2. März 1818 = Archiv der Landgräfl. Hessischen Gesetze und Verordnungen 1816 – 1866, Homburg v. d. H. 1867, [Archiv] S. 1 ff.

107 Gesetz die Einrichtung des Gemeindewesens betreffend v. 9. Okt. 1849, in: Regierungs-Blatt vom 21. Oct. 1849 und in Archiv der Landgräfl. Hessischen Gesetze und Verordnungen, S. 477 – 485.

108 Artikel 10 des Gesetzes v. 9. Okt. 1849 (wie Fn. 107), S. 479. Zur Revolution im Oberamt Meisenheim vgl. *Gabriela Schlick*, 1996, S. 45 – 55. Die Meisenheimer forderten in Punkt 5 ihrer Adresse eine „neue Communal-Verwaltungs-Ordnung“.

109 Gesetz vom 20. April 1852, in: Landgräfl. Hessisches Regierungs-Blatt für 1852, Nr. 5; auch in: Archiv (wie Fn. 107), S. 665 ff; vgl. *Barbara Dölemeyer* 1995, S. 27; über den konstituierenden Landtag und seine Arbeit vgl. *Gabriela Schlick* 1996, S. 64 – 69.

3. Die Justiz im Oberamt Meisenheim

Am 14. März 1818 ernannte der Landgraf einen Justizrat und hielt damit Verwaltung und Justiz wenigstens personell auseinander¹¹⁰. Seitdem gab es ein Verwaltungs- und ein Justizoberamt¹¹¹. Dieses wurde zugleich als Friedensgericht tätig¹¹². § 6 der Verordnung vom 29. Dezember 1817 wies „die bürgerliche Rechtspflege in zweiter und dritter Instanz den für Unser übriges Gebiet angeordneten Justizkollegien“ zu. Dementsprechend bildete die erste Deputation der Landesregierung die zweite Instanz für „amtssässige“ Bürger. Für privilegierte („kanzlei- oder schriftsässige“) Personen war sie dagegen die erste Instanz, denn es gab in Hessen-Homburg noch einen privilegierten Gerichtsstand, also keine allgemeine und gleiche Justiz für alle Bürger¹¹³. Da der Landgraf ein eigenes Oberappellationsgericht nicht errichtete, wurden die Revisionen gegen die Urteile der ersten Instanz durch Aktenversendung an Juristenfakultäten erledigt¹¹⁴. Dementsprechend finden sich Sprüche der Fakultäten in Heidelberg, Gießen und Jena¹¹⁵. Der Landgraf verhiess zwar eine baldige Prozessordnung, bestimmte aber in § 7, dass bis dahin die bestehenden Gesetze (also die französische Rechtsordnung) weitergelten sollten.

Die Strafgerichtsbarkeit über Kapitalverbrechen übte der Landesherr bzw. der Geheime Rat aus, in den übrigen Kriminalsachen die 1. Deputation der Landesregierung. Das Oberamt Meisenheim durfte Kriminalfälle nur untersuchen, nicht entscheiden¹¹⁶. In Strafsachen waren Justiz und Verwaltung also nicht getrennt. Auch die Märzrevolution von 1848 änderte daran nicht viel. Allerdings wurden die privilegierten Gerichtsstände aufgehoben: Nach dem 6. März 1848 waren in allen Zivil- und Strafsachen die Ämter als ordentliche Gerichte erster Instanz zuständig¹¹⁷.

3. Das Ende des Oberamtes Meisenheim

Am 24. März 1866 starb Landgraf Ferdinand. Damit erlosch die Hessen-Homburgische Linie¹¹⁸ und ihre Besitzungen fielen nach der Erbfolgeordnung von 1864¹¹⁹ an das Großherzogtum Hessen-Darmstadt. Großherzog Ludwig III (1848 – 1877) verleibte das Oberamt Meisenheim dem Großherzogtum nicht ein, sondern ließ es als Staat bestehen und errichtete nur eine Personalunion. Nach der Verabschiedung des gemäßigt liberalen Mi-

110 Vgl. *Philipp Hassinger* 1935/36.

111 Druck in: Landgräfllich Hessisches Amts- und Intelligenzblatt Nr. 5 vom 16. März 1818 und in: Archiv (wie Fn. 107), S. 2 ff; vgl. *Max Bär* 1919, S. 108.

112 Vgl. *Werner Schubert*, 1977, S. 177; *Barbara Dölemeyer* 1995, S. 29.

113 Archiv (wie Fn. 107), S. 3f; vgl. *Barbara Dölemeyer* 1995, S. 29.

114 VO v. 18. Febr. 1818, in: Archiv (wie Fn. 107), S. 3 – 6 und VO v. 2. Juni 1854 (Archiv, S. 744 – 746), vgl. *Werner Schubert*, 1977, S. 177.

115 Vgl. *Barbara Dölemeyer* 1995, S. 29.

116 Vgl. *Barbara Dölemeyer* 1995, S. 30.

117 Regierungs-Blatt v. 7. März 1848, in: Archiv (wie Fn. 107), S. 459.

118 Vgl. *Max Bär* 1919, S. 109.

119 Am 7. Juli 1864 schlossen der Landgraf und der Großherzog von Hessen-Darmstadt einen *Successionsvertrag*, dessen Artikel I vorsah, dass beim Erlöschen des Mannesstammes des Landgräflichen Hauses dessen Regierungsrechte, Besitzungen etc. als Universal-Familien-Fideicommiss an das Großherzoglich Hessische Haus fallen sollte, vgl. den Text bei *Barbara Dölemeyer* 1995, Anhang I, Nr. 3, S. 37f.

nisterpräsidenten Heinrich Karl Jaup¹²⁰ am 28. Juni 1850 berief der Großherzog in diese Stellung Reinhard von Dalwigk, der zunächst preußenfreundlich war, aber in der Darmstädter Konferenz des Jahres 1852 bald die Preußengegner um sich scharte. Dementsprechend schlug er sich im Kriege von 1866 auf die österreichische Seite¹²¹. Im Frieden mit Preußen vom 3. September 1866 mußte das Großherzogtum Hessen-Darmstadt nicht nur drei Millionen Gulden zahlen, sondern auch das gerade heimgefallene Hessen-Homburg an Preußen abtreten, das Preußen durch Gesetz vom 20. September 1866¹²² annektierte. Der Großherzog entließ seine Untertanen durch die Bekanntmachung vom 26. September 1866¹²³. Das preußische Gesetz¹²⁴ vom 24. Dezember 1866 vereinigte Teile des Großherzogtums Hessen – darunter das Oberamt Meisenheim – zum 1. Oktober 1867 mit Preußen. Das Besitznahmepatent¹²⁵ datiert vom 12. Jan. 1867, und der Erlass vom 2. Februar 1867 wies es dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz und dem Regierungspräsidenten in Koblenz zu. Der Übergang wurde am 1. Juni 1867 vollzogen¹²⁶. Die Verordnung vom 13. Mai 1867 fügte Meisenheim auch der preußischen Gerichtsorganisation ein¹²⁷. Die wiedererrichtete und vergrößerte Landgrafschaft Hessen-Homburg hatte also nur fünfzig Jahre Bestand.

IV. Ein Mecklenburgisches Territorium in der Eifel?

Die Schlussakte des Wiener Kongresses wies dem Herzog von Mecklenburg-Strelitz ein Gebiet von 10.000 Seelen zu, dessen Lage noch bestimmt werden sollte¹²⁸. Darauf schloss Preußen mit dem Großherzog¹²⁹ am 18. Sept. 1816 einen Vertrag¹³⁰, der ihm das Gebiet der ehemaligen Kantone Cronenburg [Kronenburg] (ohne die Gemeinden Steffler [Steffeln] und Schuler [Schüller]¹³¹), Reifferscheid und Schleyden [Schleiden] (ohne die Gemeinde Wolfsseifen [Wollseifen] mit insgesamt 10.332 Einwohnern abtrat. Nach Artikel III des Vertrages strebten beide Staaten – wegen der abgelegenen Lage des Landstrichs und weil ganz von preußischem Gebiet umschlossen – eine andere Lösung an. Deshalb

120 Über Heinrich *Karl Jaup* vgl., *Strauch*, 1999, S. XLVf.

121 Vgl. *Karl E. Demandt* 1977², S. 575f; *Gerhard Köbler*, 1999⁶, Darmstadt, S. 257f.

122 G S 1866, S. 55f.

123 Bekanntmachung vom 26. September 1866, veröffentlicht am 14. Oktober vom preußischen Zivilkommissar, vgl. *Philipp Hassinger* 1935/36.

124 Gesetz betr. die Vereinigung bisher Bayrischer und Großherzoglich Hessischer Gebietsteile mit der Preußischen Monarchie vom 24. Dezember 1866 in: G S 1866, S. 876.

125 Veröffentlicht im Regierungsblatt für den Bezirk des Preußischen Civil-Commissariats zu Homburg v. d. H. Nr. 3 vom 22. Jan. 1867.

126 Vgl. *Philipp Hassinger* 1935/36.

127 G S 1867, S. 700; über die Änderungen in Meisenheim 1867 – 1879 vgl. HStAD, OLG Köln, 11/939.

128 Vgl. *Johann Ludwig Klüber*, 1830, Quellen, S. 54.

129 Der Herzog von Mecklenburg-Strelitz war auf Grund des Artikel 35 der Wiener Kongressakte seit 1815 Großherzog, vgl. *Johann Ludwig Klüber*, 1830, Quellen, S. 45; *Gerhard Köbler* 1999⁶, S. 388.

130 Vertrag zwischen Mecklenburg-Strelitz und Preußen vom 18. Sept. 1816 bei *Georges Frédéric de Martens*, Recueil, Supplément, Tom. VIII = Nouveau Recueil Tom IV, 1819, S. 259 – 263 (= G S 1818, Anhang, S. 111 – 113) der die Vorgaben der Artikel 49 und 50 der Wiener Kongressakte erfüllte (S. 261), vgl. *Johann Ludwig Klüber*, 1830, Quellen, S. 54, Fn. 2.

131 Vgl. *Manfred Baldus*, 1985, S. 119 mit Fn. 21.

wurde die Besitzübertragung für längstens ein Jahr ausgesetzt. Auch nach Ablauf dieser Frist machte der Großherzog jedoch von seinem Anspruch auf Besitzübertragung keinen Gebrauch, sondern verhandelte weiter, um eine ihm günstige Lösung (Gebietserweiterungen Mecklenburgs im Norden)¹³² zu erlangen. Da Preußen nicht bereit war, ein Territorium in Küstennähe aufzugeben und unnachgiebig blieb, erklärte sich der Großherzog schließlich mit einer Abfindung von einer Million Talern preußisch Courant einverstanden, die im Abkommen vom 21. Mai 1819 vereinbart wurde¹³³. Diese Abmachung fand ihren Niederschlag auch in Artikel 33 des *Récès Général* der Frankfurter Territorialkommission vom 20. Juli 1819¹³⁴. Eine Besitznahme des Gebiets durch den Großherzog hat nie stattgefunden; die bisherige Verwaltung und die Friedensgerichte hat er nicht verändert und keine neuen errichtet.

V. Die Entschädigung des Grafen von Pappenheim

Die Grafen von Pappenheim hatten jahrhundertlang das Erbmarschallamt, das heißt die Gerichtsbarkeit auf den Reichs-, Wahl- und Krönungstagen des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation inne¹³⁵, sie verloren es jedoch mit der Auflösung des Reiches 1806. Der Preßburger Friede vom 26. Dez. 1805¹³⁶ hatte in Artikel 7 dem bayerischen Kurfürsten nicht nur den Königstitel verliehen, sein Artikel 14 verlieh ihm auch „*la plénitude de la souveraineté*“. Dies legte Bayern so aus, dass es nunmehr berechtigt sei, die Territorien kleiner Reichsstände zu mediatisieren¹³⁷, die in bayerisches Gebiet eingesprengt lagen. Dazu gehörte auch die Reichsgrafschaft Pappenheim (im Altmühltal bei Weißenburg). Durch diplomatische Haarspaltereien schob die bayerische Regierung zunächst den Grenzvertrag vom 25. November 1802 beiseite, der die Souveränität der Reichsgrafschaft noch ausdrücklich anerkannt hatte¹³⁸. Mit Hilfe militärischen Drucks gelang es dann, die Reichsgrafschaft zum 1. Juni 1806 zu mediatisieren¹³⁹. Wegen des Verlustes seines Erbmarschallamtes fühlte sich der Reichsgraf von Pappenheim benachteiligt und intervenierte auf dem Wiener Kongress¹⁴⁰. Daraufhin versprach Artikel 49 der Wiener Kongressakte ihm für die weggefallenen Einnahmen aus diesem Amt als Entschädigung ein Gebiet mit 9.000 Seelen, fügte aber hinzu, dass es unter der Souveränität des Königs von Preußen bleiben solle. Das ihm im Saar-Département zugedachte Territorium wurde ihm jedoch nicht übertragen, sondern Artikel 33 des *Recès-Général* vom 20. Juli 1819 stellte fest¹⁴¹,

132 Vgl. *Carl August Endler*, 1935, S. 62 ff; *Baldus* 1985, S. 119.

133 Vertrag zwischen Mecklenburg-Strelitz und Preußen vom 21. Mai 1819 bei v. *Georges Frédéric de Martens*, *Recueil, Supplément*, T. VIII = *Nouveau Recueil* T. IV, 1819, S. 600 – 603 (= G S 1819, S. 154 – 156), vgl. *Johann Ludwig Klüber*, 1830, *Quellen*, S. 54, Fn. 2.

134 Artikel 33 des *Récès Général* der Frankfurter Territorialkommission vom 20. Juli 1819 bei *Johann Ludwig Klüber*, 1830, *Quellen*, S. 123 und bei *Georges Frédéric de Martens*, *Recueil, Supplément*, T. VIII = *Nouveau Recueil* T. IV, 1819, S. 604 – 625 mit den Annexen Nr. 1 – 10 (S. 626 – 636).

135 Vgl. dazu *Markus Scheffer*, 1995.

136 Text bei *Hans-Hubert Hofmann* 1976, Nr. 68, S. 368 – 374.

137 Text bei *Hans-Hubert Hofmann* 1976, Nr. 68, S. 372; vgl. *Rudolfine Freim von Oer* 1965, S. 204f; dort im Anhang S. 245 – 280 auch die verschiedenen Vertragstexte.

138 Vgl. *Haupt Graf zu Pappenheim*, 1940, S. 29 ff.

139 Vgl. *Haupt Graf zu Pappenheim* 1940, S. 30f; *Hans Schwackenhöfer* 2002, S. 307.

140 Vgl. *Georg Joseph Wedekind* 1814.

141 Vgl. *Johann Ludwig Klüber* 1830, *Quellen*, Artikel 33 des *Recès-Général* vom 20. Juli 1819, S. 123,

dass der Graf von Pappenheim statt des Territoriums eine Abfindung in Form von Domänen erhalten solle. Ein königlich preußisches Handschreiben aus Karlsbad vom 8. August 1816 versprach ihm daraufhin Domänen im Regierungsbezirk Köln mit einem Jahresertrag von 30.000 Talern preußisch Courant¹⁴². Auch zu deren Übertragung kam es nicht, denn Fürst Hardenberg überzeugte den Grafen davon, stattdessen Wein- und Jagdgüter am Rhein zu nehmen, deren Erhalt der Pappenheimer gutgläubig vorab quittierte, die er jedoch nie erhielt. Später wurde ihre Übertragung wegen der vorliegenden Quittungen verweigert. Diesen Verlust haben weder Bismarck noch König Friedrich III. von Preußen ausgeglichen¹⁴³, so dass die Grafen Pappenheim am Ende völlig leer ausgingen.

Schluss

Blicken wir zurück, so erscheinen die Gebietszuweisungen aus der Sicht der Großmächte nach außen generös, politisch nützlich und mit geringen Opfern verbunden. Aus der Sicht der Erwerber Oldenburg, Sachsen-Coburg und Hessen-Homburg wirkten sie knauserig, die Gebiete abgelegen, in einer walddreichen und ackerbaulich armen Region angesiedelt, also wirtschaftlich unergiebig und deshalb als dauernde Last, die auch politisch untragbar war. Die Kosten von Justiz und Verwaltung drohten die Einnahmen stets zu übersteigen¹⁴⁴. Vor allem fällt die Unbekümmertheit ins Auge, mit der die Großmächte ihre Interessen bedienten und die Ansprüche der kleinen Staaten mit der linken Hand erfüllten. Die Beschlüsse zeugen deshalb zuvörderst vom staatlichen Egoismus der Großmächte, die bereits in Rechnung stellten, dass die Tage der Kleinstaaten gezählt waren. Gewinner dieser Gebietszuweisungen war letztlich Preußen, das sein Territorialopfer im ehemaligen Saar-Département in überschaubarer Zeit wiedergewann.

Von den Entschädigten hatte im Ergebnis der Herzog von Mecklenburg-Strelitz den besseren Teil erwählt, als er sich in Geld abfinden ließ. Da das Industriezeitalter noch fern war, investierte er diese Gelder in landwirtschaftliche Güter. Ihr Erwerb scheint die zeitgemäße Entscheidung gewesen zu sein, weil er ertragreichere Güter erwerben konnte als ihm eine Landentschädigung in der Eifel geboten hätte. Auch der Herzog von Sachsen-Coburg fuhr mit seiner Entschädigung und den dafür erworbenen Gütern besser als mit dem Fürstentum Lichtenberg. Freilich waren diese Erwerbungen nicht mit Regierungsrechten verbunden, doch dämmerte die deutsche Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert ohnehin ihrem Ende entgegen.

Quellen

Amtsblatt des Landgrafenthums Hessen v. 2. März 1818 = Archiv der Landgräfllich Hessischen Gesetze und Verordnungen 1816 – 1866, Homburg v. d. H. 1867.

Barnstedt, August Erich Julius, Sammlung der Gesetze und Verordnungen für Birkenfeld, Bd. II (1817 – 1830), 2. Auflage, Birkenfeld 1842.

zugleich wird dort festgestellt, dass Preußen mit der Bekanntgabe seiner Verfügungen nach Artt. 26 – 32 an die Territorialkommission seine Pflichten aus Artikel 49 der Wiener Kongressakte erfüllt habe.

142 Vgl. *Johann Ludwig Klüber* 1830, Quellen, S. 54f, Fn. 2.

143 Vgl. *Hans Schwackenhöfer*, 2002, S. 315.

144 Auch die *Fürsten von Wied-Neuwied*, denen Preußen nach 1815 gewisse Regierungsrechte eingeräumt hatte, fanden in den 1830er Jahren die Ausgaben dafür zu hoch und suchten sich dieser Rechte wieder zu entledigen, vgl. *Vincens M.Lissek*, 1969/70, S. 157 – 239, hier: S. 225.

- Barnstedt, August Erich Julius*, 1836: Zusammenstellung der für das Großherzoglich Oldenburgische Fürstenthum Birkenfeld noch gesetzliche Kraft oder vorzüglichen historischen Werth habenden französischen Legislation, Birkenfeld 1836.
- Gesetzblatt Birkenfeld* seit 1856.
- Gesetzblatt* für den Freistaat Oldenburg, Landesteil Birkenfeld, 1920: Bd. 22, 100. Stück
- G S = Gesetzesammlung* für die Königlichen Preußischen Staaten (1806 – 1944) [G S].
- Hofmann, Hans Hubert*, Quellen zum Verfassungsorganismus des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation 1495 – 1815, Darmstadt 1976.
- Klüber, Johann Ludwig*, 1816: Acten des Wiener Kongresses in den Jahren 1814 und 1815, Band VI = Hefte 21 – 24), Erlangen.
- Klüber, Johann Ludwig*, 1830: Quellensammlung zu dem Oeffentlichen Recht des Teutschen Bundes, 3. sehr vermehrte Auflage, Erlangen, Nachdruck Leipzig 1970.
- Lottner, Friedrich August*, 1834 – 1865: Sammlung der für die königlich Preußische Rheinprovinz seit dem Jahre 1813 hinsichtlich der Rechts- und Gerichtsverfassung ergangenen Gesetze, Verordnungen, Ministerial-Rescripte etc., Bände I – XII, Berlin.
- Lottner, Friedrich August*, 1836: Sammlung der für das Fürstenthum Lichtenberg vom Jahre 1816 bis 1834 ergangenen Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Verordnungen, Berlin
- Martens, Georges Frédéric de*, 1817 – 1842: Nouveau recueil des traités, 13 Bde, Göttingen.
- Meyer, Philipp Anton Guidol/ Zoepfl, Heinrich* (Bearb.), 1858/1859: Corpus Iuris Confoederationis Germanicae oder Staatsacten für Geschichte und öffentliches Recht des Deutschen Bundes. Nach officiellen Quellen hrsg. von PH. A. G. v. PHILIPP ANTON GUIDO v. MEYER, ergänzt u. fortgeführt v. HEINRICH ZOEPLF, 1. u. 2. Theil: Staatsverträge: Frankfurt/M 3. Aufl.; 3. Theil: Protokolle und Beschlüsse der Deutschen Bundesversammlung ebda 1865
- Regierungs-Blatt des Landgrafenthums Hessen* vom 21. Oct. 1849 = Archiv der Landgräfllich Hessischen Gesetze und Verordnungen, S. 477 – 485.
- Simon, Mathias*, 1824: Uebersicht der in den Rhein-Provinzen bei ihrer Vereinigung mit der Krone Preußens geltenden Gesetze, nebst der Geschichte ihrer Einführung und einiger Nachweise der bisher in denselben erfolgten Abänderungen, Köln
- Zeumer, Karl*, 1913: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Reichsverfassung, 2. Auflage, Tübingen, Neudruck Aalen 1987.

Literatur

- Baier, Hans Dieter*, 1985: Rechtsbereinigung im Saarland, in: Hundertfünfzig Jahre Landgericht Saarbrücken. Festschrift, hrsg. v. Landgerichtspräsident *Helmut Leonardy*. Redaktion: *Rose Holschuh*, Köln, S. 225 – 254.
- Baldes, Heinrich*, 1921: Die hundertjährige Geschichte des Fürstentums Birkenfeld (Birkenfelder Jahrbuch 1921), Birkenfeld.
- Baldus, Manfred*, 1985: Der Verzicht des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, in: Jahrbuch des Kreises Euskirchen, S. 117 – 120.
- Bär, Max*, 1919: Die Behördenverfassung der Rheinprovinz, seit 1815, Bonn, 2. Nachdruck Düsseldorf 1998.
- Baersch, Georg*, 1849: Beschreibung des Regierungsbezirks Trier. Nach amtlichen Quellen bearbeitet und im Auftrag der königl. Preuß. Regierung hrsg., I. Theil: Enthaltend die Verhältnisse des Regierungsbezirks in allen seinen Beziehungen, Trier.
- Bassewitz, Hans-Barthold von*, 1905: Coburg und Gotha links des Rheins, in: Aus den coburgisch-gothaischen Landen..., hrsg. v. *Reinhold Ewald*, 3. Heft, Gotha, S. 19 – 26
- Becker, Birgit/Schaaf, Erwin*, 1980: Geschichte des Fürstentums Birkenfeld von 1817 bis 1848/49 (Landesgeschichte in der Schule 1), Koblenz.
- Brandt, H. Peter* (Hrsg.), 1982: Birkenfeld – Festschrift zum 650jährigen Stadtjubiläum, Birkenfeld.

- Brandt, H. Peter*, 1987a: Die Entstehung von Rhein-Oldenburg, in: *Albrecht Eckhardt/Heinrich Schmidt* (Hrsg.), *Geschichte des Landes Oldenburg*, Oldenburg, S. 591 – 636.
- Brandt, H. Peter* : 1987b, Von der oldenburgischen Provinz zum preußischen Landkreis Birkenfeld. Beiträge zum 50-jährigen Kreisjubiläum, Idar-Oberstein 1987.
- Conrad, Hermann*, 1969: Preußen und das französische Recht in den Rheinlanden, in: *Joseph Wolfgram/Adolf Klein* (Hrsg.), *Recht und Rechtspflege in den Rheinlanden*, Köln, S.78 – 112.
- Demandt, Karl E.*, 1972², *Geschichte des Landes Hessen*, 2. Auflage, Kassel
- Dölemeyer, Barbara*, 1995: Fragmentarische Staatlichkeit. Die Landgrafschaft Hessen-Homburg im Alten Reich und im Deutschen Bund, in: *Mitteilungen des Vereins für Geschichte und Landeskunde zu Bad Homburg v. d. Höhe*, ebenda, S. 5 – 64.
- Düwell, Kurt*, 1995: Sachsen-Coburg-Gotha linksrheinisch. Das Fürstentum Lichtenberg (1816/19 bis 1834), in: *Landesgeschichte und Rechtsgeschichte. Festschrift f. Alois Gerlich z. 70. Geburtstag*, Stuttgart 1995, S. 335 – 345.
- Eckhardt, Albrecht*: 1983: Birkenfelds Weg vom oldenburgischen Landesteil zum preußischen Landkreis, in: *Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde im Landkreis Birkenfeld*, Bd. 57 S. 3 – 28.
- Endler, Carl August*, 1935: *Die Geschichte des Landes Mecklenburg-Strelitz (1701 – 1933)*, Hamburg.
- Fischer, Walther*, 1955: Das vormals Sachsen-Coburgische Fürstentum Lichtenberg, in: *Heimatkalendar des Kreises Birkenfeld (1956)*, S. 141 – 149.
- Flach, Dietmar*, 1993: Die Sachsen-Coburger Exklave Lichtenberg (1816 – 1834), in: *Thüringische Forschungen*, Festschrift für *Hans Eberhardt* z. 85. Geburtstag am 25. Sept. 1993, Köln etc., S. 355 – 385
- Hassinger, Philipp*, 1935/36: Der Kreis Meisenheim, sein Werden und Vergehen , in: *Kreuznacher Nationalblatt* (mehrere undatierte Fortsetzungen).
- Herrmann, Hans-Walter*, 1982: Das Saarland in der frühen Nachkriegszeit, in: *Doris Seck*, *Nachkriegsjahre an der Saar*, Saarbrücken, S. 6 – 18.
- Hirschfeld, Gustav*, 1927: Die Errichtung des Herzogtums Sachsen-Coburg und Gotha im Jahre 1826, in: *Coburger Heimatkunde und Heimatgeschichte*, Heft 4, , S. 22 – 32.
- Hundemer, Josef*, 1982: Aus der Geschichte des Birkenfelder Gerichts, in: *Birkenfeld. Festschrift zum 650-jährigen Stadtjubiläum*, hrsg. v. *H. Peter Brandt*, Birkenfeld, S. 119 – 132,
- Köbler, Gerhard*, 1999⁶, *Historisches Lexikon der deutschen Länder. Die deutschen Territorien und reichsunmittelbaren Geschlechter vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, 6. Aufl. Darmstadt
- Kockerols, Karl Wilhelm*, 1902: *Das Rheinische Recht, seine zeitliche und räumliche Begrenzung*, Hannover 1902, Neudruck Frankfurt/M 1968.
- Lissek, Vincens M.*, 1969/70: Die Mediatisierung des Fürstentums Wied-Neuwied (1806 – 1848), Diss. iur. Köln 1967, Druck in: *Nassauische Annalen*, Bd. 80/81.
- Oer, Rudolfine Freiin von*, 1965: *Der Friede von Preßburg. Ein Beitrag zur Diplomatiegeschichte des Napoleonischen Zeitalters*, Münster i. W..
- Pappenheim, Haupt Graf zu*, 1940: *Geschichte des gräflichen Hauses zu Pappenheim 1739 – 1939*, München.
- Plänckner, Julius v.*, 1833: *Die deutschen Rheinlande. Eine speciell-topographisch=statistische Beschreibung des Herzoglich Sachsen-Coburg-Gothaischen Fürstenthums Lichtenberg ..., Gotha etc.*
- Romeyk, Horst*, 1985: *Die Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914 – 1945*. Düsseldorf.
- Scheffer, Markus*, 1995, *Die Gerichtsbarkeit auf Reichs-, Wahl- und Krönungstagen (Quellen und Forschungen zur höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich 27)*, Köln etc..
- Scheid, Richard*, 1967: Die Gerichtsorganisation im Gebiet des Saarlandes seit der Französischen Revolution, in: *Justizblatt des Saarlandes, Saarländische Rechts- und Steuerzeitschrift*, Bd. 11, , S. 203 – 216.

-
- Scherer, Martin*, 1889/90: Das Rheinische Recht und die Reichs- und Landesgesetzgebung, 2 Bände, 2. Auflage, Mannheim.
- Schlick, Gabriela*, 1996: Die Landgrafschaft Hessen-Homburg 1816 – 1866, Bad Homburg v. d. H., S. 45 – 55.
- Schubert, Werner*, 1977: Das französische Recht in Deutschland zu Beginn der Restaurationszeit (1814 – 1820), in: ZRG, GA 94, S. 129 – 184.
- Schwackenhöfer, Hans*, 2002: Die Reichserbmarschälle, Grafen und Herren von und zu Pappenheim. Zur Geschichte eines Reichsministerialengeschlechtes, Reutlingen etc.
- Strauch, Dieter*, 1999: Deutsche Juristen im Vormärz, Köln.
- Treitschke, Heinrich von*, 1927: Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert, Band 2, neue Auflage, Leipzig,
- Wedekind, Georg Joseph*, 1814: Die Entschädigungs-Berechtigung des Reichserbmarschalls Grafen zu Pappenheim.